

### Die neuen NATO-Mitglieder und die europäische Verteidigungsdimension: Teil 1: Die Haltungen Polens, der Tschechischen Republik und Ungarns

Lang, Kai-Olaf

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

#### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Lang, K.-O. (1999). *Die neuen NATO-Mitglieder und die europäische Verteidigungsdimension: Teil 1: Die Haltungen Polens, der Tschechischen Republik und Ungarns*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 62/1999). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-48358>

#### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

#### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



## Aktuelle Analysen

Nr. 62/1999

23. Dezember 1999

### **Die neuen NATO-Mitglieder und die europäische Verteidigungsdimension**

#### **Teil I: Die Haltungen Polens, der Tschechischen Republik und Ungarns**

##### **Zusammenfassung**

Die insbesondere seit dem Kosovo-Konflikt intensiv debattierte Stärkung der sicherheits- und verteidigungspolitischen Identität Europas fand ihren Niederschlag in den Beschlüssen des EU-Gipfels von Helsinki, der den Startschuß zur Etablierung EU-eigener politischer und militärischer Gremien und Krisenreaktionskräfte gab. Im Vorfeld des Helsinki-Gipfels wurde daher auch in den drei ostmitteleuropäischen Ländern, die erst vor wenigen Monaten zu NATO-Mitgliedern wurden, verstärkt über die Schaffung einer wirkungsvollen europäischen Verteidigungsdimension diskutiert. Während die Tschechische Republik und Ungarn einer selbständigen Sicherheits- und Verteidigungspolitik Europas positiv gegenüberstehen, überwiegen in Polen bislang Befürchtungen, eine Europäisierung der Sicherheitspolitik könne eine Schwächung der transatlantischen Bande implizieren.

Noch bis vor kurzem war das Thema einer *europäischen Verteidigungsidentität* sowie die Frage nach Richtung und Inhalten einer Reorganisation der WEU bzw. nach der Ausgestaltung der Beziehungen zwischen WEU, EU und NATO für die Außenpolitik der ostmitteleuropäischen Reformstaaten von abstrakter, gar akademischer Natur. In der Überschneidung der beiden fundamentalen Integrationsräume Nordatlantikpakt und Europäische Union sowie den daraus resultierenden Konsequenzen verblaßten Probleme bei der Konkretisierung von Konzepten, deren Grundlagen erst in groben Zügen feststanden. Überdies wollte man sich bewußt aus dem aufziehenden Streit über "atlantisch" und "europäisch" ausgerichtete Entwicklungsvarianten europäischer Sicherheits- und Verteidigungspolitik heraushalten, um nicht den Groll des einen oder anderen Lagers auf sich zu ziehen und damit die Beitrittschancen zu NATO und EU zu schmälern: Es wurde laviert, einen offiziellen Standpunkt gab es nicht.<sup>1</sup>

Im Laufe des Jahres 1999 änderten sich diese Koordinaten in grundlegender Weise. Einerseits wurden Polen, die Tschechische Republik und Ungarn zu Mitgliedern der *NATO*. Als solche sind sie vollberechtigte Akteure der innerhalb des Nordatlantikpaktes stattfindenden Diskussion um die Herausbildung einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität (ESDI) bzw. um die Definition des Verhältnisses zwischen NATO und EU. Gleichzeitig erfuhren die drei Länder durch den NATO-Beitritt eine substantielle Aufwertung in der *WEU*, der bereits bestehenden

<sup>1</sup> So mit Blick auf Polen Tomasz Ołowski: Polska w procesie integracji z NATO i Unią Zachodnioeuropejską 1991-1998. Toruń 1998, S. 110.

institutionellen Komponente der europäischen Sicherheit. In der WEU-Familie avancierten sie vom Status eines assoziierten Partners zu dem eines assoziierten Mitglieds. Schließlich bekam die bisher harzende Formierung gemeinsamer europäischer Sicherheitsstrukturen durch den *Kosovo-Konflikt* einen mächtigen Impuls. Im Gefolge der dadurch neu entfachten Diskussionen um die europäische Verteidigungsdimension, um die Stärkung des europäischen NATO-Pfeilers sowie um die Überwindung der Disparitäten zwischen der für die EU diagnostizierten wirtschaftlichen "Riesen"-Dimension und ihrer politischen Zwergenexistenz unternahmen jetzt auch die NATO-Neumitglieder den Versuch, sich Gehör zu verschaffen.

Nun wurde auch in den drei ostmitteleuropäischen Ländern den seit Frühjahr/Sommer 1999 intensivierte Debatten um die künftige Gestalt der verteidigungspolitischen und militärischen Dimension der EU, das Schicksal der WEU sowie das Verhältnis zwischen NATO und EU bzw. Amerika und Europa Aufmerksamkeit geschenkt. Dieser Problemkomplex avancierte auch zur zentralen Thematik der Treffen der Außen- und Verteidigungsminister der EU Mitte November und Anfang Dezember, der WEU Ende November sowie der NATO-Verteidigungsminister Anfang Dezember. Auf dem Treffen der Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten von Helsinki wurde er im Kern geregelt.

Wichtigster Auslöser für das gesteigerte polnische, tschechische und ungarische Interesse war die Entscheidung des Kölner EU-Gipfels vom Juni dieses Jahres, der Union zum Zwecke der Konfliktprävention und des Krisenmanagements die Fähigkeit zu autonomem und durch glaubhafte militärische Kräfte unterstütztem Handeln zu verleihen. Für die frischgebackenen NATO-Mitglieder zeichnete sich nämlich durch die Einberufung einer eigenständigen, d.h. von den institutionellen Ensembles der nordatlantischen Gemeinschaft dissoziierten, europäischen Verteidigungs- und Militärpolitik die Gefahr ab, auf die Gestaltung dieses zentralen Aspekts der Sicherheitsarchitektur Europas keinen konstitutiven Einfluß nehmen zu können.

### Skepsis in Polen

Dem Aufbau "gemeinsamer europäischer Verteidigungskapazitäten" im Geiste Helsinkis wird von *polnischer* Seite beträchtliche Skepsis entgegengebracht. Während die offizielle polnische Politik der Stärkung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität, der Akzentuierung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik sowie der Schaffung einer europäischen Militärkomponente im Grundsatz zustimmt<sup>2</sup> und zunächst auch die Umgestaltung der WEU in einen "bewaffneten Arm" der EU voll unterstützte,<sup>3</sup> haben kritische Stimmen im Zuge der raschen Materialisierung der diesbezüglichen Vorschläge 1999 zugenommen. Noch im Oktober versuchte der polnische Botschafter bei der NATO, Andrzej Towpik, die Sorgen seiner Landsleute zu zerstreuen. Während Towpik diplomatisch noch davon sprach, daß es im Zusammenhang mit den geplanten europäischen Verteidigungskapazitäten lediglich um Friedensmissionen, Rettungsaktionen und humanitäre Operationen gehe und es sich ohnehin um einen langwierigen Prozeß handele,<sup>4</sup> sickerten geradezu dramatisch klingende Verlautbarungen seiner Kollegen durch. Polen lief Gefahr, von der Debatte um die Verteidigungspolitik auf dem Kontinent ausgegrenzt zu werden, sofern der EU das Recht auf eine selbständige Realisierung militärischer Operationen zugesprochen würde.<sup>5</sup>

Besonders "riskant" wird aus polnischer Sicht die sich seit Herbst herauschälende institutionelle Ausformung des neuen europäischen Sicherheitsgefüges eingeschätzt. Als klar wurde, daß die EU

<sup>2</sup> Vgl. hierzu die Erklärung des Staatssekretärs im Außenministerium, Przemysław Grudziński, im Rahmen der WEU-Ministerratssitzung vom 23.11.1999 in Luxemburg. <http://www.weu.int/eng/index.html>

<sup>3</sup> Letzteres erklärten sowohl Außenminister Geremek als auch Verteidigungsminister Onyszkiewicz noch auf dem Herbsttreffen der WEU im November 1997 in Erfurt. Papierowemu tygrysowi wyrosły zęby, *Życie Warszawy* 19.11.1997.

<sup>4</sup> Sojusznicy spoza UE domagają się udziału w jej polityce obronnej, PAP 19.10.1999. (Nachrichten der PAP aus: <http://nato.pap.com.pl>)

<sup>5</sup> Vgl.: Obawy o spójność NATO, *Rzeczpospolita* 20.10.1999.

eigene, außerhalb der WEU angesiedelte Verteidigungsstrukturen aufzubauen gedenkt, sah man in der polnischen Diplomatie Ungemach aufziehen.<sup>6</sup>

Einerseits befürchtete man nämlich – nicht zu Unrecht – Mitspracherechte, über die man bisher als *assoziiertes WEU-Mitglied* verfügte, zu verlieren. "Wir sind der Ansicht", forderte der polnische Außenminister Geremek, "daß Polen, ähnlich wie jetzt in der WEU, das Recht haben sollte, im Rahmen der EU an der Fassung von Beschlüssen und an deren Realisierung teilzunehmen."<sup>7</sup>

Andererseits – und das ist das eigentliche Kernanliegen, das den polnischen Ängsten zugrunde liegt – kamen Ängste hoch, eine autonome, EU-gestützte europäische Verteidigungspolitik werde zu Lasten der NATO-Einheit gehen, was wiederum eine *Reduktion des amerikanischen Engagements in Europa* nach sich ziehen würde. Im Interesse Polens liege daher, so der Amerika-Fachmann und Außenpolitiker der sozialdemokratischen SLD, Longin Pastusiak, die Entwicklung der europäischen Verteidigungsidentität bei gleichzeitiger Stärkung der transatlantischen Bindungen.<sup>8</sup>

Noch eindeutiger drückt sich ein polnischer Journalist aus: "Polen ist ... der Auffassung, daß die EU nur dann das Recht auf selbständige militärische Aktivitäten haben sollte, wenn der Nordatlantikpakt diese nicht ergreift. Andernfalls kann dies zu einer Situation führen, in der die europäischen Länder zum Schluß gelangen, daß sie sich ohne Hilfe der USA verteidigen können. Indes ist nach Meinung Warschaws die Rolle der Vereinigten Staaten bei der Gewährleistung der Sicherheit Europas unersetzlich."<sup>9</sup> Außergewöhnlich offen formulierte Polens Verteidigungsminister Onyszkiewicz seine Vorbehalte. Am Rande der Zusammenkunft der NATO-Verteidigungsminister Anfang Dezember erklärte er, er sei "beunruhigt", da die Pläne der EU zur Aufstellung schneller Krisenreaktionskräfte "unpräzise" seien, wobei er gleichzeitig hervorhob, daß er nicht daran glaube, die Mitglieder der Union fänden genügend zusätzliche Mittel, um stärkere eigene Streitkräfte außerhalb der NATO aufzubauen. "Ich bin insoweit Optimist, als ich denke, daß das Leben und die finanziellen Realien Lösungen erzwingen, die unseren Erwartungen nahestehen werden."<sup>10</sup>

Einen Höhepunkt erreichte Polens Eintreten für eine seinen Vorstellungen entsprechende europäische Verteidigungspolitik im Vorfeld des Ratstreffens von Helsinki mit einem den versammelten EU-Außenministern übergebenen Papier der polnischen Regierung, in dem sowohl die uneingeschränkte Beteiligung Polens an der Beschlußfassung über militärische Interventionen der EU als auch das Einverständnis der NATO bei derartigen Aktionen gefordert wurde. Im einzelnen machte sich Warschau für folgende Regelungen stark:<sup>11</sup>

- Da nach polnischem Dafürhalten die künftige europäische Verteidigungsdimension lediglich dann sinnvoll ist, wenn dadurch die transatlantischen Bande gestärkt werden, sollten die europäischen militärischen Planungen der Strategischen Doktrin der NATO untergeordnet werden.
- Die polnische Regierung votiert für die sofortige Etablierung eines klaren und verbindlichen Kooperationsmechanismus zwischen NATO und EU, der garantieren soll, daß militärische Vorhaben der Union erst nach Akzeptierung durch die NATO umgesetzt werden.
- Polen verlangt, daß die europäischen NATO-Mitglieder, die nicht zur EU gehören, im gesamten Planungs- und Entscheidungsfindungsprozeß hinsichtlich militärischer Aktionen gleichberechtigt einbezogen werden, wobei diese Länder auch an den diesbezüglichen

<sup>6</sup> Polen hätte die direkte Absorption der WEU durch die EU oder die Übernahme der politischen Kompetenzen der WEU durch die EU sowie der militärischen Aufgaben der WEU durch die NATO vorgezogen. Vgl.: Wariant ryzykowny dla Polski, Rzeczpospolita 3.11.1999.

<sup>7</sup> Europa chce się bronić sama, Rzeczpospolita 16.11.1999.

<sup>8</sup> Longin Pastusiak: UZE + UE = ?, Trybuna 23.-24.10.1999.

<sup>9</sup> Obawy o spójność NATO, Rzeczpospolita 20.10.1999.

<sup>10</sup> Szef polskiego MON zaniepokojony "brakiem klarowności" planów UE, PAP 3.12.1999.

<sup>11</sup> W imię sojuszu z USA, Rzeczpospolita 7.12.1999.

Zusammenkünften der Außenminister, der Verteidigungsminister und selbst der Staats- und Regierungschefs der Union teilnehmen sollen.

- Polen setzt sich dafür ein, daß die Aufstellung von Streitkräften, die an EU-Operationen teilnehmen sollen, in Übereinstimmung mit dem System der NATO-Verteidigungsplanung erfolgt und daß überdies Art und Charakter der avisierten Operationen genau bestimmt werden.<sup>12</sup>

### Offenheit in der Tschechischen Republik

Im Vergleich zu ihrem nördlichen Nachbarn steht die *Tschechische Republik* einer Stärkung der Verteidigungsfähigkeit der Europäischen Union positiver gegenüber. Eine von der Prager Regierung im Februar 1999 beschlossene "Außenpolitische Konzeption der Tschechischen Republik" stellt fest, daß sich das Land an den Bemühungen der europäischen NATO-Staaten um die Bildung "einer eigenen Verteidigungs- und Sicherheitsidentität bei Unterstützung seitens der USA" beteiligen wird und sowohl für eine Stärkung der Beziehungen zwischen WEU und NATO als auch zwischen WEU und EU eintritt.<sup>13</sup> Auch von wissenschaftlicher Seite wird betont, daß trotz des entscheidenden Gewichts, das einer NATO-Mitgliedschaft für die Gewährleistung der Sicherheit des tschechischen Staates zukomme, die Sicherheitspolitik der Tschechischen Republik nicht allein auf den Beitritt zur NATO reduziert werden dürfe.<sup>14</sup> Postuliert wurde daher, daß die Tschechische Republik die "wichtige Rolle unterstützen solle, die die Europäische Union als Zivilmacht bei der Erstellung eines europäischen Sicherheitssystems spielt".<sup>15</sup>

Prononciert wiesen auch tschechische Politiker immer wieder darauf hin, daß die Tschechische Republik effektiv in die Planung und Realisierung künftiger europäischer Verteidigungsoperationen eingebunden werden möchte. So betrachtet der tschechische Verteidigungsminister Vetchý die Berücksichtigung der nicht der EU angehörenden NATO-Staaten bei der Ausarbeitung eines europäischen Krisenmanagements als "Minimum".<sup>16</sup> "Die Sicherheit in Europa ist nicht teilbar, sie läßt sich nicht auf eine kleine Zahl von Ländern beschränken, während die anderen nur zusehen oder Beschlüsse ausführen werden", so Vetchý. Zwar werde die Tschechische Republik der EU erst in einigen Jahren beitreten, bis dahin aber möchte sie an allen Entscheidungsprozessen beteiligt werden.<sup>17</sup>

Weniger brisant als für die polnische Außenpolitik stellt sich aus tschechischer Perspektive das Risiko einer schleichenden Auflockerung der euroamerikanischen Sicherheitsgemeinschaft dar. Die Tschechische Republik kann sich zwar ihrem Verteidigungsminister zufolge ohne die USA keine Sicherung des Friedens in der gesamten Region vorstellen, doch sei es gleichzeitig richtig, daß Europa über die Möglichkeit verfügen werde, "gewisse Krisen ohne sonstige Hilfe und vor allem rechtzeitig zu lösen".<sup>18</sup> Ins gleiche Horn stieß unmittelbar vor dem Helsinki-Gipfel auch der tschechische Außenminister Kavan: "Unsere Haltung stimmt abermals mit der Europäischen Union überein. Wir haben die Unterstützung der europäischen Verteidigungsidentität zum Ausdruck gebracht, und mit den voraussichtlichen Beschlüssen des Gipfels von Helsinki stimmen wir vollständig überein." In der europäischen Verteidigungsidentität sei nichts zu erblicken, das "im

<sup>12</sup> "Die Union erklärt, sie werde auch uns zu den Sitzungen ihrer Komitees einladen, wenn dies notwendig sein sollte. Wir wollen jedoch ständig in ihnen vertreten sein, auch wenn wir nicht um ein Vetorecht bitten", zitiert die "Gazeta Wyborcza" polnische Diplomaten. *Armia kontynentu*, *Gazeta Wyborcza* 3.12.1999.

<sup>13</sup> *Koncepcie zahraniční politiky České republiky*. Beilage zu: *Mezinárodní politika*, Nr. 4, 1999, S. 12f.

<sup>14</sup> Jan Eichler: *Priority zajištění bezpečnosti České republiky*, in: Václav Kotyk (Hrsg.): *Česká zahraniční politika. Úvahy o prioritách*. Praha 1997, S. 61-85, hier S. 77f.

<sup>15</sup> Radek Khol: *Význam ZEU a EU pro bezpečnost ČR*, in: Jan Eichler u.a.: *Možnosti a perspektivy bezpečnosti České republiky*. Praha 1998, S. 89-90, hier S. 90.

<sup>16</sup> ČR chce maximální zapojení do budoucích operací EU, ČTK 23.11.1999. (Nachrichten der ČTK aus: <http://www.ceskenoviny.cz>)

<sup>17</sup> ZEU počítá s přesunem do EU; zatím se neví, jak, ČTK 24.11.1999.

<sup>18</sup> Ebenda.

Widerspruch mit der transatlantischen Bindung" stehe.<sup>19</sup> Demzufolge sollte sich die Diskussion um den Transfer von WEU-Kompetenzen auf die EU weniger um institutionelle Fragen und um die Umgestaltung des jetzigen Verhältnisses zwischen NATO und WEU drehen als sich in höherem Maße auf die Stärkung von Verteidigungskapazitäten konzentrieren.<sup>20</sup>

### Zuversicht in Ungarn

Unbefangen bezieht sich bislang die ungarische Außenpolitik auf die Initiativen zur Stärkung der europäischen Verteidigungsfähigkeit. Mit Blick auf die ungarischen Minderheiten, auf die grenznahe Zusammenarbeit mit Rumänien und der Ukraine sowie auf die Rekonsolidierung Jugoslawiens sind Ansatzpunkte gegeben, über die sich Ungarn dereinst in Europas Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik einbringen könnte.<sup>21</sup> In Anbetracht beachtlicher Sorgen, die westlichen Verbündeten würden auf eine Verschlechterung der Situation in Ost- oder Südosteuropa nur verspätet oder ohne gebührende Berücksichtigung ungarischer Interessen reagieren,<sup>22</sup> signalisiert die Akzentuierung einer europäischen Sicherheitspolitik für Ungarn die Möglichkeit, eigene regionale Belange effektiver einzubringen sowie aus der Position eines "Peripheriestaats" zwischen West- und Ost- bzw. Südosteuropa seine bisherige Vermittlerrolle<sup>23</sup> besser wahrzunehmen. Es liegt folglich nahe, daß Ungarn im Zusammenhang mit seinem Bestreben, Vollmitglied der WEU zu werden, hervorhebt, daß es diese als ein "wichtiges künftiges Mittel zum Umgang mit regionalen Herausforderungen" ansieht.<sup>24</sup>

Trotz aller Chancen, die Ungarn in der Verbesserung der europäischen Sicherheits- und Verteidigungsdimension erblickt, wird auch in Budapest kein Zweifel daran gelassen, daß der Nordatlantikpakt weiterhin primärer Garant für die Friedenssicherung in Europa sein sollte. Die im Dezember 1998 vom ungarischen Parlament angenommenen "Grundsätze der Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Republik Ungarn" formulieren: "Unser Land betrachtet auch langfristig die transatlantische Zusammenarbeit als Faktor von grundlegender Bedeutung für die europäische Sicherheit. Im Rahmen der paktinternen Zusammenarbeit unterstützt es die Entwicklung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität, welche ein wichtiges Element der Integrationspolitik Ungarns bildet."<sup>25</sup> Zu den vorrangigen Fragen der künftigen europäischen Sicherheitspolitik gehört daher für Ungarn eine klare Kompetenzabgrenzung zwischen NATO und EU sowie deren enge und kontinuierliche Koordination. Als Vorbedingung eines effektiven europäischen Krisenmanagements wird die unveränderte Stabilität der transatlantischen Bindungen sowie die strategische Kooperation zwischen Europäischer Union und NATO betrachtet.<sup>26</sup> Basis einer solchen Aufgabenteilung ist für Ungarns Außenminister Martonyi folgende Richtlinie: "Die grundlegende Aufgabe der europäischen Verteidigungspolitik ist das Krisenmanagement, die kollektive Verteidigung gehört auch weiterhin zum Wirkungskreis der NATO." Bei grundsätzlicher Bereitschaft, sowohl an der Ausgestaltung der europäischen Verteidigungspolitik als auch an deren konkreten Aktivitäten teilzunehmen, betont auch Ungarn den Wunsch, unbeschadet des allein den EU-Mitgliedstaaten obliegenden Entscheidungsrechts bereits an der Ausformung der europäischen Sicherheitspolitik permanent beteiligt zu werden.<sup>27</sup>

<sup>19</sup> ČR vítá obrannou iniciativu EU (Interview mit dem tschechischen Außenminister Jan Kavan), Hospodářské noviny 9.12.1999; Praha pro obrannou koncepci EU, Právo 8.12.1999.

<sup>20</sup> So Verteidigungsminister Vetchý auf dem WEU-Ministerratstreffen am 23.11.1999 in Luxemburg.  
<http://www.weu.int/eng/index.html>

<sup>21</sup> Vgl.: István Szónyi: Hungary's Anticipated Role in the CFSP of the EU, in: Südosteuropa, Nr. 7-8, 1999, S. 424-445.

<sup>22</sup> Oszkár Füzés: Az illeszkedés iskolája, Népszabadság 30.10.1999.

<sup>23</sup> Ebenda; László Tolnay: Az amerikai globalizmus és az európai biztonság, in: Euroatlanti Politikai Füzetek.  
<http://www.hac.hu/fuzetek/9811m.htm>

<sup>24</sup> A Magyar Köztársaság biztonság- és védelempolitikájának alapelvei, in: Hadtudomány, Nr. 1, März 1999.

<sup>25</sup> Ebenda.

<sup>26</sup> So der stellvertretende Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des ungarischen Parlaments, István Simicskó. Nélkülözhetetlen fejlesztések, Napi Magyarország 19.11.1999.

<sup>27</sup> Martonyi János az európai védelmi politikáról, Népszabadság 17.11.1999.

Kai-Olaf Lang

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1999 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe gestattet.  
Belegexemplare erwünscht.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,  
Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet: <http://www.biost.de>  
E-mail: [administration@biost.de](mailto:administration@biost.de)

ISSN 0945-4071